

Eine Stadtwerdung

Städtebauliche Betrachtung zur Entwicklung der Gemeinde Voerde

Von Dr. Friedhelm Wilkening

Seitdem durch die industrielle Entwicklung tiefgreifende Wandlungen in der Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur hervorgerufen wurden und dabei der Gegensatz zwischen konzentrierter städtischer Nutzung und wirtschaftlich veralteter Nutzung in ländlichen Gebieten ins Licht der Spekulationen gerückt wurde, ist der Gedanke der Raumordnung auf Bundes- und Landesebene wach geworden. Es ist eine politische Notwendigkeit geworden, die bestmögliche Ordnung für die landwirtschaftliche und industrielle Nutzung und die Verteilung von Stadtbereichen und Verkehrswegen zu finden.

Es darf, wie im Zeitraum der ersten industriellen Revolution im 19. Jahrhundert, keine planlose Stadtentwicklung mehr geben. Aus dem Nebeneinander von Stadt und Landschaft darf kein Schlachtfeld der beliebigen Nutzungen entstehen. Das Chaos der Überlagerungen von Wohnungen, Industrien, Verkehrsbändern und sterbender Landschaft darf sich nicht wiederholen.

Nachdem eine Landflucht größten Ausmaßes eingetreten ist, fast 60 % der Menschen in Städten leben und nach Landflucht nun eine Stadtflucht Platz greift, müssen wir planen und uns alle daran beteiligen.

Es geht alle an, wenn viele es auch nicht wahrhaben wollen.

Man macht finanz- und konjunkturpolitische Einwände. Die Bundesregierung glaubt, gerade jetzt gegen das Städtebauförderungsgesetz Einwände erheben zu müssen. Wer hat aber die Frage untersucht, welche Fehlinvestitionen auf dem Sektor des Wohnungsbaues und des Verkehrs gemacht werden, wenn keine vernünftige und weitreichende Planung vorliegt? Sollte man nicht die Forderung stellen, daß es gerade aus konjunkturpolitischen Gesichtspunkten dringend erforderlich ist, möglichst schnell mit einer durchgreifenden Planung zu beginnen?

Das Dorf geht allmählich in die Stadt über.

Wo vor Jahren sich noch Bauernhöfe mit weiten Feldern mischten, stehen heute der Umgebung fremde Mietblocks und andere Formen der Wohnbebauung.

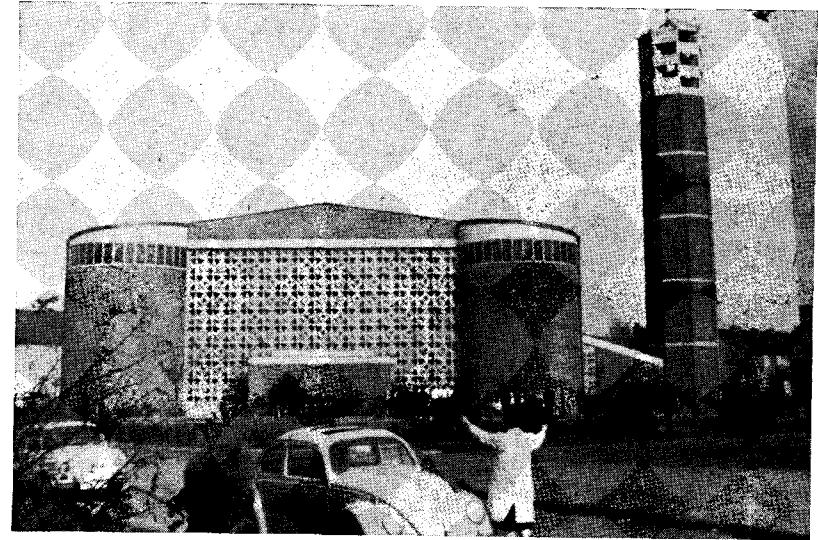
Der angestammte Mensch muß natürlich umdenken lernen. Man muß verstehen lernen, daß der alte Bauernhof mit seiner Sippe nicht mehr die alleinige Nachbarschaft bilden kann und die Dorfschule nicht mehr das Ideal für die Bildung des jungen Menschen sein kann. Die große Nachbarschaft muß in der Landschaft ihren Platz finden.



Das Dorf geht allmählich in die Stadt über: Ortsmittelpunkt Spellen



Die Schule ohne Berührung verkehrsreicher Straßen: Heideschule Friedrichsfeld



... gehört zu den Stätten der Begegnung: Kath. Kirche Möllen

Die Urzelle der Nachbarschaft, die Familie, muß jedoch darin lebendig bleiben. Die Wohnung muß weiter das „Zuhause“, das „Heim“ bleiben, wie es immer gewesen ist. Die Wohnung muß in noch größerem Maße der Lebensbereich sein, in dem sich die Individualität entfalten kann.

Arbeitsteilung und Maschineneinsatz haben eine scharfe Trennung von Wohnung und Arbeitsstätte gebracht. Der zehrenden Anstrengung steht ein kräfteerneuerndes Streben gegenüber.

Fortschreitende Rationalisierung, Automation und Atomkraft werden die Freizeit vermehren. Die vermehrte Freizeit muß sich auf die Stadt von morgen auswirken. Wir müssen aus der Planung heraus die Möglichkeiten dazu bieten. Die Wohnung mit Freiraum und Zusatzfläche, das Haus mit Garten, der Entfaltungsraum zur tätigen Muße für jung und alt muß geschaffen werden.

Doch die Individualität darf nicht zu unwirtschaftlichen Bauformen führen.

Das aus der alten Dorfgemeinschaft als Rest übriggebliebene ländliche Haus und das landwirtschaftliche oder zum Teil für landwirtschaftliche Funktionen genutzte Haus darf kein wesentlicher Bestandteil des Städtebaues mehr bilden. Das heutige alleinstehende Haus mit steil geneigtem Dach, unter dem ehemals die Ernte untergebracht wurde, hat keine Berechtigung mehr im Städtebild.

Das freistehende Einfamilienhaus, das Haus, um das man herumgehen kann, ist zwar der Traum des kleinen und großen Mannes, aber das Sorgenkind der Städte. Abgesehen davon, daß sich nur wenige das freistehende, aber gutgestaltete Haus wegen der hohen Erschließungsbeiträge und den höheren Bodenkosten leisten können, fällt noch mehr ins Gewicht, daß sich die Stadt als Ganzes die auf sie als Allgemeinheit entfallende Belastung nicht leisten kann.

Ebenso ist das Mehrfamilienhaus — verrufen als Mietskaserne — in abstrakter nüchterner Form nicht die erstrebenswerte Bauform. Bei uns verläuft diese Entwicklung in ausgesprochenen Extremen, die aufeinander folgen und sich heute schon bedenklich mischen. Die dichten Mietskasernenanhäufungen, steinern, mit sinnlos aufgerissenen Fassaden, ohne ausreichendes Grün, ohne Unterbringungsmöglichkeit für die zahllosen Blechkisten (Autos) und der reaktionäre Gegenpol, die Auflösung der Städte in einen Brei von Einzelhäusern, die im un gepflegten Grün nahezu „ertrinken“, lösen sich ab. Dabei denkt man gar nicht an das kostbare Gut, den Grund und Boden. Man denkt nicht an den Übergang von der primären landwirtschaftlichen Produktion zum sekundären, gewerblichen Sektor und bis zu den tertiären Berufen des Handels und Nachfolgewerbes.

Aber der Zwang zur Ökonomie wird die geschilderten Bauformen verdrängen helfen.

Nach einer bei uns sehr verbreiteten Ansicht ist die Industrialisierung der Anlaß zum rasanten Anwachsen der Städte und die Ursache der Konzentration und Einführung der höherstöckigen Wohnhäuser. Dem Übel dürfte abzuhelpen sein, wenn die Planungsberechtigten für ihre Stadt, im Zusammenspiel zwischen Industrieansatz und Wohnbebauung das rechte Verhältnis finden.

Gründe der Bodenspekulation müßten dabei ausgeschaltet werden.

Zum befriedigenden Zuhause, in dem man seine Ruhe findet, und dem eigenen Gärtchen gehört aber noch eine Umgebung, eine Nachbarschaft. Die Kinder müssen hier ihre Kameraden „treffen“ können und Möglichkeit zu Spiel und Umherstreifen finden. Ein paar Läden dürfen nicht fehlen. Die Schule, möglichst ohne Berührung verkehrsreicher Straßen, muß in der Nähe sein. Jugendheim,



... sollten den Randbezirk bereichern: Zweigeschossige Reihenhäuser in Friedrichsfeld



Das Zentrum eines Gemeinwesens: Der Markt in Friedrichsfeld

Kindertagesstätte müssen die Klammer bilden. Kino, Gaststätte, Sportplatz gehören zu den Stätten der Begegnung wie der Markt zum Plauderplatz des Einkaufs.

Vor allem darf aber das alles nicht im Stein ersticken; von der Natur muß zu spüren sein, und wenn es nur eine letzte Ahnung der freien Landschaft draußen ist.

Welche Hausform mag in unserem Bereich nun die erstrebenswerte und geeignete sein?

Die Flachbauweise in Atriumform am Rande der Nachbarschaften sollte bei nicht zu kleinen Grundstücken (rd. 450 qm) die Randbebauung bilden.

Zweigeschossige Reiheneigenheime sollten den Randbezirk bereichern. Dieser Typ ist bisher bis zu einer ausreichenden Reife entwickelt worden. Wesentliches Element der Wohnung ist der ebenerdige Sitzplatz zum Garten, abgeschirmt gegen den Nachbarn, so daß er zur grünen Stube wird.

Der Mittel-Hochbau mit 3–4 Stockwerken sollte möglichst in der Form von Eigentumswohnungen in Erscheinung treten und in guter Zuordnung, mit Grün verbunden, zu der Randbebauung stehen. Man sollte hier den Bedarf an Kleingärten für diese Wohnungen im Auge behalten und in die Planung einbeziehen. Das Wohnhochhaus eignet sich nicht für Familien mit kleineren aufwachsenden Kindern. Es entspricht nur den Wünschen der Leute — meist in Großstädten —, die eine kleine technifizierte, komfortable Wohnung suchen und sich diese leisten können. Das Wohnen im Wohnhochhaus befriedigt nur bedingt und verlangt meist einen Ausgleich im Wochenendhaus und Campingzelt.

Diese Wohnhauselemente sollen die richtige Größe der Nachbarschaft bestimmen.

Nachbarn haben vieles gemeinsam, den gemeinsamen Zaun, den gemeinsamen Weg zur Haltestelle, den gleichen Briefträger, denselben Laden, dieselbe Schule. Nachbarschaft gibt es im kleinen und großen Rahmen.

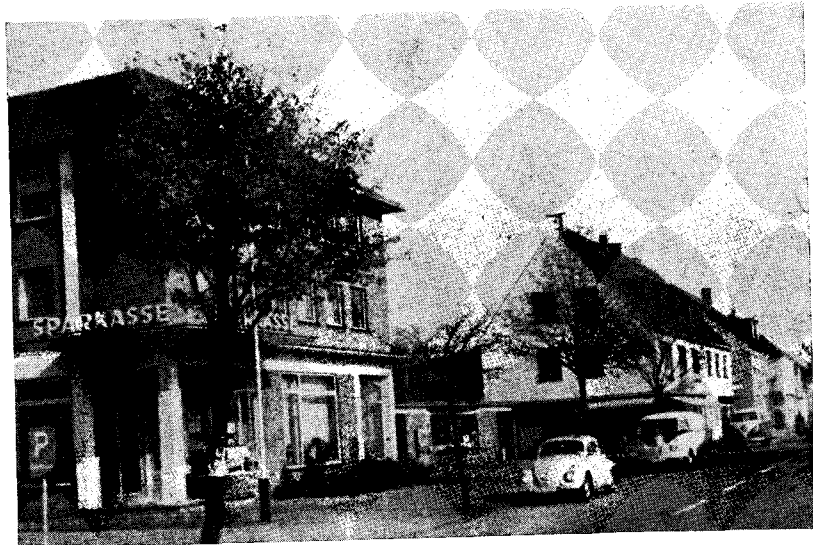
Drei spürbare Nachbarschaftsstufen vermitteln zu einer Einheit: die Wohngruppe, das Wohnviertel und die Wohngemeinde.

Als Hauptmerkmale erscheinen für die Wohngruppe der Kinderspielplatz, für das Wohnviertel die Ladengruppe für den Tagesbedarf und für die Wohngemeinde die Schule.

Alle Bereiche tragen den Maßstab des zu Fuß gehenden Menschen in sich. Die Welt des Autos fange davor an. Die Räume der Nachbarschaft müssen Ruhe atmen, sie müssen zum Sich-auf-halten und Verweilen einladen.

Daneben stehen die Verkehrs- und Freizeitprobleme. Man nehme zur Kenntnis, daß die Autos von den Eigentümern nicht nur zur gelegentlichen Erholungsfahrt genutzt werden, sondern daß sie auch das beinahe ausschließliche Verkehrsmittel für Fahrten zur Arbeitsstätte sind. Wenn das Pendlerproblem nicht beachtet wird, werden die Verkehrsprobleme den Entwicklungsbereich wesentlich einengen. Es ist besser, die Wohnbebauung, die nicht mit dem Industrieansatz Schritt hält, zu drosseln, als das Schlafstadtproblem zu erweitern und damit unwirtschaftliche Verkehrsprobleme heraufzubeschwören.

Es gibt auch noch andere wichtige Probleme der Schule und Freizeitgestaltung. Gerade das letztgenannte Problem und die Kenntnis davon ist so wichtig, daß es nicht oft genug wiederholt werden kann. Was macht der Angestellte, der Arbeiter in seiner Freizeit? Das ist örtlich verschieden und vielfältig. Aber es ist



... entwicklungsgehemmter Raum: Die Bahnhofstraße in Voerde

an einzelnen Punkten ablesbar und durchaus zu erfassen. An der Auffindung der Erkenntnisse müssen die Betroffenen und die Planer Hand in Hand arbeiten. Die Spiel- und Freizeitanlagen für jung und alt müssen aktivieren, zum Tun anregen und den Nachbarschaftsgedanken vollenden helfen. Entsprechende Flächen müssen in der Nachbarschaft für derartige Zwecke mindestens freigehalten werden.

Das Herz einer Stadt aber ist die City, das Zentrum, das die Nachbarschaften zu einem Ring der Gemeinschaft zusammenschließt.

Es gilt nicht, ein gläsernes Subzentrum zu bilden oder an einem Verkehrsknotenpunkt eine Hochhäuserreihung, mit Gewerbe gespickt, anzuordnen. Viel Glas, große Parkplätze, hohe Steinfassaden haben ein unpersönliches, unpersönliches Fluidum und bilden keine Gemeinschaft. Im Einkauf muß ein Erlebnis liegen, das Café muß einladend sein, die Bücherei muß etwas bieten. Gut gestaltete Schaufenster, das Kino, das Theater, die Schwimmhalle in Fußwegnähe, dienen mehr der Gemeinschaftsbildung als pompöse Fassaden. Das Zentrum, als Mitte eines Gemeinwesens, muß alle Einrichtungen eher zu eng als zu weitläufig beherbergen. Der Sitzplatz im Freien zählt genauso dazu wie die enge Passage, in der man bummeln kann. Der Marktplatz, die Post, das Rathaus dürfen hier Vermittler für den Bürger sein. Das Freizeithaus spielt eine nachbarschaftsbildende Rolle. Verteilt man die in einer lebendigen City vereinigten Einrichtungen über das ganze Gemeindegebiet oder gar in die Randzonen oder in entwicklungsgehemmte Räume, so wird das Zentrum funktionslos. Man braucht es nicht mehr, man braucht die ganze Stadt nicht mehr!

Im Zentrum darf man nicht alles sich selbst überlassen. Man muß den Mut haben, Institutionen in diesem Bereich nicht mehr zuzulassen, die keine innerstädtischen Funktionen ausüben können und auch hier nicht standortgebunden sind. Das Zentrum muß immer die Wohnnähe atmen können, darum auch Wohnungen in nicht zu geringer Zahl im Zentrum beherbergen, damit es auch nach Geschäftsschluß noch lebt.

Die Prognose: Die Stadtregion darf nicht ins Endlose wachsen. Der Rahmen muß gesteckt sein; die Einwohnerzahl muß festliegen; die Baudichte muß sich daraus klar ergeben. Mit Aussicht auf Erfolg läßt sich nur ein abgesteckter Planungsraum behandeln, sonst unterliegt die Entwicklungshilfe Zufälligkeiten. Planung verwirklicht sich nicht von selbst. Sie bedarf der menschlichen Handlung. Raumordnung ist eine politische Führungsaufgabe ersten Ranges – sie ist angewandte Gesellschaftspolitik –. Der Bürger wünscht gar nicht die autogerechte Großstadt, sondern er sucht die Stadt, in der sich zu leben lohnt.

Mut zum Handeln – und nicht zum Aushandeln – muß die Parole im Städtebau sein. Recht fragwürdig und zeitraubend ist es, die „Ortsbeflissenen“ streiten zu lassen und auf deren Einigung zu warten. Genauso fragwürdig ist es aber auch, über Planungsgrundsätze abstimmen zu lassen, die dem einzelnen nicht erfassbar sind.